

Beschlussnummer	Beschlossen am (VPAVV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlusaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
V 06202	VPA 06.07.2016 VV 20.07.2016	Gleichberechtigung bei der Besetzung von Gremien	2. Der Stadtrat beauftragt das Direktorium unter Einbezug der Gleichstellungsstelle für Frauen ggf. im Einvernehmen mit den betroffenen Referaten die praktische Umsetzung einer Geschlechterquote bei der Besetzung der Aufsichtsräte, der Beiräte und der weiteren Gremien gemäß obigem Vortrag vorzubereiten und den Stadtrat erneut zu befassen. Dabei ist auch zu prüfen, ob ein abgestuftes Quotenmodell nach der Größe des Gremiums (Vgl. §3 HmbGremBG) oder eine pauschale Quote zielführend ist. Des Weiteren sind praxisrelevante Umsetzungsvorschläge bei Anwendung der Besetzungsverfahren nach Fraktionszugehörigkeit bei gleichzeitiger Berücksichtigung einer Geschlechterquote zu erarbeiten.	erledigt	Stadtratsbefassung am 20.11./27.11.18
			3. Das Direktorium wird beauftragt, eine Übersicht der bisherigen Besetzung der genannten Gremien nach Geschlecht sowie Fraktionszugehörigkeit zu erstellen und dem Stadtrat vorzulegen.	erledigt	Stadtratsbefassung am 20.11./27.11.18
V 04540	VPA 07.12.2016 VV 14.12.2016	Sicherheits- und Bewachungsleistungen im Stadtarchiv Produkt 5112030 - Finanzierung	4. Nach Ablauf der einjährigen Testphase erhält der Stadtrat einen Evaluierungsbericht mit einer Neubewertung der Art und Weise der Erledigung der Sicherheitsaufgaben und einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen.	erledigt	Der Evaluierungsbericht (Vorlage Nr. 14-20 / V 13381) wurde dem VPA am 12.12.2018 und der Vollversammlung am 19.12.2018 vorgelegt. Die Sicherheits- und Bewachungsleistungen sollen unverändert zur Testphase durch einen externen Dienstleister dauerhaft fortgesetzt werden.
V06919	VPA 19.07.2017 VV 23.11.2017	Stadtweit einheitliche IT-Unterstützung für das Beteiligungsmanagement - öffentlicher Teil	5. Das Direktorium wird beauftragt, den aus seiner Sicht unter Ziffer 4.7 des Vortrages dargestellten Flächenbedarf rechtzeitig gegenüber dem Kommunalreferat anzumelden, sobald weitere Flächen zugewiesen werden sollen.	nicht im Zeitplan	Der Flächenbedarf wird über D-GL1 beim Kommunalreferat beantragt.
V09143	VPA 19.07.2017 VV 23.11.2017	Dezentrale Gleichstellungsbeauftragte in allen Referaten!	2. Die Eigenbetriebe werden beauftragt, bis Ende 2017 zu berichten, wie sie die bestehenden Vorgaben der Satzung der Stadt München zur Gleichstellung von Frauen und Männern zur Bestellung eigener Gleichstellungsbeauftragter umsetzen, soweit dies nicht schon geschehen ist. Die Beschlussvorlagen sind mit der Gleichstellungsstelle für Frauen abzustimmen.	nicht im Zeitplan	Die Berichte der AWM, StGM, Markthallen und it@M wurden dem Stadtrat vorgelegt Der Bericht der Kammerspiele und der Münchner Stadtentwässerung stehen noch aus.
			3. Die Referate werden beauftragt, die Einrichtung der Stellen – wie unter Punkt 6.1 entsprechend des in der Tabelle auf S. 10 unten aufgeführten Schlüssels - sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen und gegebenenfalls zusätzlichen Raumbedarf beim Kommunalreferat anzumelden.	im Zeitplan	Wird sukzessive durch die Referate erledigt.
V10165	VPA 06.12.2017 VV 13.12.2017	Gegen jeden Antisemitismus! - Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung („boycott, divestment and sanctions“)	1. Die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe werden beauftragt, a) entsprechend den Beschlussziffern 2 und 3 künftig ihrem Handeln die unter B 2.1. und B 2.2. dargestellten Einschätzungen zu Grunde zu legen. b) dem Stadtrat der Landeshauptstadt München im 3. Quartal 2018 über die erforderlichen und erfolgten Anpassungsmaßnahmen Bericht zu erstatten.	im Zeitplan	Zu a) Beschlussvollzug läuft. Dazu Schreiben des Oberbürgermeisters vom 26.01.18 und Schreiben des Direktoriums an die Referate vom 18.04.18. Rückmeldungen liegen vor. Mit der Vorlage 14-20 / V 12386 wurde dem Feriensenat am 22.08.2018 ein erster Bericht vorgelegt. Aufgrund einer anhängigen Klage wurde die Verwaltung beauftragt, nach einem Gerichtsurteil ausführlich zu berichten. VG München hat Klage abgewiesen. Der Kläger hat mit Schriftsatz vom 16.01.2019 Zulassung der Berufung gegen das Urteil des VG München vom 12.12.2018 beantragt. Zur Begründung der Berufung bleibt dem Kläger wieder eine Frist von weiteren 4 Wochen ab Zustellung des Urteils bis 18.02.2019. Bericht an Stadtrat nach rechtskräftiger Entscheidung beabsichtigt, weil Beschluss mindestens bis dahin besteht und vollzogen wird. Zu b) Aufgehoben durch Ziffer 2 Satz 2 des Feriensenatsbeschlusses vom 22.08.18

Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
Fortsetzung V10165	VPA 06.12.2017 VV 13.12.2017	Gegen jeden Antisemitismus! - Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung („boykott, divestment and sanctions“)	2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, die städtischen Gesellschaften entsprechend den Beschlussziffern 1 bis 3 anzuweisen bzw. sich in den zuständigen Gremien hierfür einzusetzen.	im Zeitplan	Diese Beschlussziffer unterliegt zum Gleichklang mit dem Beschlussvollzug in der Stadtverwaltung hinsichtlich der bei den städtischen Gesellschaften auf Anweisung erforderlichen und erfolgten Anpassungsmaßnahmen der Beschlussvollzugskontrolle. Der Sachstand ist folglich derselbe wie zum unter 1. genannten Beschlussauftrag.
V11595	VPA 17.10.2018 VV 24.10.2018	Formen dezentralen und individuellen Gedenkens an die Todesopfer des NS-Regimes in München Verlängerung der befristeten Stellen des Stadtarchivs	1. Das Direktorium-Stadtarchiv wird beauftragt, entsprechend der Ausführungen im Vortrag die Befristung der bis 15.01.2019 bzw. 31.12.2019 befristeten Stellen der Koordinierungsstelle Erinnerungszeichen bis 30.06.2021 zu verlängern und die Aufgaben – bis zur geplanten Evaluierung 2020 - entsprechend fortzusetzen.	erledigt	Die Verlängerung der Befristung bis zum 30.06.2021 (Vorlage Nr. 14-20 / V 11595) wurde vom VPA am 17.10.2018 und von der Vollversammlung am 24.10.2018 beschlossen.
			2. Das Direktorium wird beauftragt, die befristeten, in den Jahren 2019 – 2021 erforderlichen Haushaltsmittel i.H.v. 315.400,- € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungen 2019 bis 2021 wie folgt anzumelden: für das Jahr 2019 76.400,- €, für das Jahr 2020 159.300,- € und für das Jahr 2021 79.700,- € Das Direktorium wird beauftragt, die Verlängerung der Befristung der beiden Stellen der Koordinierungsstelle Erinnerungszeichen im Stadtarchiv bis 30.06.2021 beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Das Personal- und Organisationsreferat wird gebeten, im Benehmen mit dem Direktorium die bisherigen befristeten 2,0 VZÄ beim Stadtarchiv im Stellenplan bis 30.06.2021 zu verlängern, die zusätzlichen Personalauszahlungen in Höhe von rd. 312.200,- € in den Personalhaushalt einzustellen sowie den Aufwand für die erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von bis zu 40% der Jahresmittelbeträge im Ergebnishaushalt zu berücksichtigen. Das Produktkostenbudget des Produktes P 31281100 Zentrale Sicherung der städtischen Verwaltungsüberlieferung und stadthistorische Forschungsarbeit erhöht sich bei der Kostenstelle 11224611 im Jahr 2019 um 76.400,- €, davon sind 76.400,- € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget), im Jahr 2020 um 159.300,- €, davon sind 159.300,- € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget) und im Jahr 2021 um 79.700,- €, davon sind 79.700,- € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).	erledigt	Die Haushaltsmittel wurden am 19.12.2018 in der Vollversammlung des Stadtrats bewilligt, die Verlängerung der beiden Stellen A423107 und A423108 wurde im Dezember 2018 vom POR verfügt.

Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
V12386	VPA 22.08.2018	Gegen jeden Antisemitismus! - Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung („boykott, divestment and sanctions“) Antrag Nr. 14-20 / A 03242 von Herrn StR Manuel Pretzl, Herrn StR Marian Offman, Herrn StR Richard Quaas, Herrn StR Alexander Reissl, Herrn StR Klaus Peter Rupp, Frau StRin Julia Schönfeld-Knor, Herrn StR Horst Lischka, Frau StRin Dr. Constanze Söllner-Schaar, Herrn StR Christian Vorländer vom 11.07.2017	1. Die Stadtverwaltung informiert den Stadtrat unverzüglich über die weitere Entwicklung, sobald eine gerichtliche Entscheidung vorliegt. Beschlussziffer 4 Buchstabe b) des Stadtratsbeschlusses vom 13.12.2017 zur Vorlage Nr. 14-20 / V 10165 wird aufgehoben. Die restlichen Beschlussziffern dieses Stadtratsbeschluss bleiben von dem vorliegenden Beschluss unberührt.	im Zeitplan	Beschlussvollzug läuft. VG München hat Klage abgewiesen. Der Kläger hat mit Schriftsatz vom 16.01.2019 Zulassung der Berufung gegen das Urteil des VG München vom 12.12.2018 beantragt. Zur Begründung der Berufung bleibt dem Kläger wieder eine Frist von weiteren 4 Wochen ab Zustellung des Urteils bis 18.02.2019. Bericht an Stadtrat nach rechtskräftiger Entscheidung beabsichtigt, weil Information über Verfahrensstand durch die BVK-Bekanntgabe sichergestellt und abschließende Behandlung des Themas erst nach rechtskräftiger Entscheidung sinnvoll.

Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
V08072	Gem. VPA, FinanzA 10.05.2017, VV 26.07.2017	Stadtbezirksbudget für München; Pauschale für Mieten und Tagungstechnik für die Bezirksausschüsse	1. Das Direktorium wird beauftragt, das Budget der Bezirksausschüsse ab dem 01.01.2018 um jährlich 2 € je wohnberechtigter Person auf Basis der Einwohnerzahlen zum 31.12. des jeweils vorletzten Jahres (für das Jahr 2017 hätten sich dadurch beispielhaft 3.102.686 € ergeben) zu erhöhen und in Stadtbezirksbudget umzubenennen. Dem Stadtrat wird von der Stadtverwaltung im Jahr 2021 berichtet, wie das Stadtbezirksbudget in den Jahren 2018-2020 angenommen wurde. Dabei ist auch darauf einzugehen, ob und wie es weiterentwickelt werden kann. Im Rahmen eines Vergleichs sollen auch die bis dahin gemachten Erfahrungen in anderen Städten (z.B. Ingolstadt) berücksichtigt werden.	im Zeitplan	Finanzierung ab 2018
			3. Das Direktorium wird beauftragt, die Einrichtung der im Beschlussvortrag unter Ziffer 6.4 genannten Stellen (2 VZÄ unbefristet) sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Zudem wird das Direktorium beauftragt, die Einrichtung von insgesamt 2,5 VZÄ (2. QE, unbefristet), in jeder der fünf BA-Geschäftsstellen jeweils 0,5 VZÄ, zu veranlassen.	im Zeitplan	Die unter Ziffer 6.4 genannten 2 VZÄ sind eingerichtet und seit 01.07. bzw. seit 01.10.2018 besetzt. Am 27.06.2018 (Vorlage Nr. 14-20 / V11272) hat die VV im Rahmen der Umsetzung der Höchstgrenze für die Ausweitung des Beamten- und Arbeitnehmerstellenplans im Direktorium eine Reduzierung der beschlossenen 2,5 VZÄ in den BA-Geschäftsstellen um 1 VZÄ beschlossen. Auf Basis dieser Änderung wurden zwei geänderte Arbeitsplatzbeschreibungen erstellt, um die BA-Geschäftsstellen zu entlasten. Eine Stelle ist mit 0,5 VZÄ zum 01.01.2019 eingerichtet und muss dann besetzt werden. Eine Stelle mit 1 VZÄ muss noch eingerichtet und anschließend besetzt werden.
			6. Das Direktorium wird beauftragt, die aus seiner Sicht unter Ziffer 6.5 des Vortrages und unter Berücksichtigung von Ziffer 4. des Antrags dargestellten Flächenbedarfe rechtzeitig gegenüber dem Kommunalreferat anzumelden, sobald weitere Flächen zugewiesen werden sollen.	im Zeitplan	nicht erforderlich
			7. Die Referate, die ihren Personal- und Sachkostenbedarf derzeit noch gar nicht bzw. noch nicht abschließend beziffern können, werden diesen zu einem späteren Zeitpunkt im jeweiligen Fachausschuss zur Beschlussfassung vorlegen.	im Zeitplan	erst nach einer mindestens zweijährigen Erprobungsphase bezifferbar

V12242	gem. VPA, KulturA 20.09.2018 VV 24.10.2018	„Migration bewegt die Stadt“. Entfristung der Projektaufgaben des auf vier Jahre befristeten Projekts „Migrationsgeschichte als Teil der Münchner Stadtgeschichte dauerhaft erforschen, sammeln und sichtbar machen“	1. Das Direktorium-Stadtarchiv wird gemeinsam mit dem Kulturreferat-Stadtmuseum, vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung der Vollversammlung beauftragt, entsprechend der Ausführungen im Vortrag das Projekt „Migration bewegt die Stadt“ in die Linie zu überführen und die Aufgaben fortzusetzen.	erledigt	Die Entfristung wurde am 20.09.2018 vom gemeinsamen Verwaltungs- und Personalausschuss und Kulturausschuss (Vorlage Nr. 14-20 / V 12242) und am 24.10.2018 von der Vollversammlung beschlossen.
			2. Das Direktorium wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. 100.500,- € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 anzumelden. Davon entfallen 78.900,- € auf Personalauszahlungen und 21.600,- € auf Sachkosten. Das Direktorium wird beauftragt die Entfristung der unter Ziffer 1 im Vortrag des Referenten bis zum 31.01.2019 befristeten Stelle beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen i. H. v. etwa 25.300,- € (40% des JMB). Das Produktkostenbudget des Direktoriums-Stadtarchiv, Produkt 31281100 Zentrale Sicherung der städtischen Verwaltungsüberlieferung und stadthistorische Forschungsarbeit, erhöht sich um 125.800,- €, davon sind 100.500,- € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).	erledigt	Die Haushaltsmittel wurden am 19.12.2018 in der Vollversammlung des Stadtrats bewilligt, die Stellenentfristung zum 31.01.2019 ist durchgeführt.
			3. Das Kulturreferat wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. 148.300,- € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 anzumelden. Davon entfallen 118.300,- € auf Personalauszahlungen und 30.000,- € auf Sachkosten. Das Kulturreferat wird beauftragt die Entfristung der unter Ziffer 1 im Vortrag des Referenten bis zum 31.12.2018 befristeten Stellen beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen i. H. v. etwa 38.000,- € (40% des JMB). Das Produktkostenbudget des Kulturreferates-Stadtmuseum, Produkt 36252100 Münchner Stadtmuseum, erhöht sich um 186.300,- €, davon sind 148.300,- € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).	erledigt	
			4. Das Mehrjahresinvestitionsprogramm des Kulturreferates 2018 – 2022 ist zu ändern. Das Kulturreferat wird beauftragt, die ab 2019 erforderlichen Haushaltsmittel für die Entfristung des Projektes für das Stadtmuseum in Höhe von 10.000,- € im Finanzhaushalt – Investitionstätigkeit – auf der Finanzposition 3220.935.9400.3 „Münchner Stadtmuseum, Kunst- und Sammlungsgegenstände“ im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens termingerecht anzumelden.	erledigt	